

AUS DER REGIERUNG

Personen- und Gesellschaftsrecht wird angepasst

VADUZ – Die Regierung hat einen Bericht und Antrag zur Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) zuhanden des Landtags verabschiedet.

Diese Vorlage beinhaltet einerseits notwendige und nützliche Anpassungen des Personen- und Gesellschaftsrechts sowie andererseits diverse Änderungen von Bestimmungen zur Entsprechung von Forderungen der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) und zur Modernisierung beziehungsweise Adaptierung der Liquidationsbestimmungen sowie der Bekanntmachungsbestimmungen.

Die ursprünglich geplante Änderung des Art. 180a PGR mit dem Ziel, in Zukunft auch eine juristische Person als «qualifizierten Verwaltungsrat nach Art. 180a PGR einsetzen zu können, wird aufgrund ernstzunehmender im Vernehmlassungsprozess geäußelter Kritik zurückgestellt und einer neuerlichen Prüfung unterzogen. (paf)

Personalvorsorge: Mehr Transparenz

VADUZ – Die Regierung hat einen Bericht und Antrag zur Abänderung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge sowie die Abänderung der Konkursordnung zuhanden des Landtags verabschiedet.

Das Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge (BPVG) ist auf den 1. Januar 1989 in Kraft getreten. Dieses Gesetz regelt die betriebliche Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenvorsorge und legt eine minimale betriebliche Vorsorge fest. Die heutige Gesetzgebung über die betriebliche Personalvorsorge ist übersichtlich in wenigen Bestimmungen reglementiert. Dennoch ist nach über 15-jährigem Bestehen des Gesetzes und insbesondere aufgrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen eine Revision der Gesetzgebung notwendig.

Ziel der Gesetzesrevision ist in erster Linie die Stärkung der Versicherteninteressen. Dieses Ziel soll erreicht werden, indem umfassende Transparenzbestimmungen eingeführt werden. Dazu sollen insbesondere die Informationspflichten ausgebaut, vorsorgespezifische Rechnungslegungsvorschriften eingeführt und die paritätische Verwaltung verstärkt werden. Gleichzeitig sollen die Rechte der angeschlossenen Arbeitgeber und ihrer Arbeitnehmer verstärkt werden, indem Regelungen bei der Auflösung von Anschlussverträgen eingeführt werden. Damit soll auch der Wettbewerb unter den Vorsorgeeinrichtungen verbessert werden, damit die Arbeitgeber unter mehreren Vorsorgeeinrichtungen für ihre Arbeitnehmer auswählen können.

Schliesslich sind Verbesserungen im Interesse der Versicherten vorgesehen, wie beispielsweise eine verbesserte Anschlusskontrolle der Arbeitgeber sowie die Einführung der vollen Freizügigkeit und die Errichtung eines Sicherheitsfonds, welcher die Versichertenansprüche im Falle der Zahlungsunfähigkeit einer Vorsorgeeinrichtung gewährleistet. (paf)

Neue Kompetenzverteilung

VADUZ – Die Regierung hat einen Bericht und Antrag zur Abänderung des Schwerverkehrsabgabegesetzes (SVAG) und des Beschwerdekommissionengesetzes zuhanden des Landtags verabschiedet. Der Landtag hat mit der Schaffung des Beschwerdekommissionengesetzes im Hinblick auf die Erledigung von Beschwerden eine Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten ins Leben gerufen. Dieser wurden Entscheidungskompetenzen über Beschwerden im Bereich des Bauwesens, Strassenverkehrs und der Telekommunikation, das heisst in technisch und rechtlich sehr eingegrenzten Bereichen, übertragen.

Bei der Schaffung des Schwerverkehrsabgabegesetzes wurde die Regierung als Beschwerdestelle bezeichnet, obwohl die in diesem Zusammenhang eingehenden Beschwerden sich vor allem gegen Bussen, aus fahrlässiger Hinterziehung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) richten. Nun sollen Beschwerden aus der LSVA in die Kompetenz der Beschwerdekommission fallen. (paf)

Neuer Landeswerkhof

Tauschgeschäft mit Gemeinde Vaduz – Auch LGV-Gebäude wird verkauft

VADUZ – Regierungschef Otmar Hasler konnte gestern über zwei Liegenschaftsgeschäfte der Regierung informieren: Zum einen ist der Landeswerkhof Gegenstand eines Tauschgeschäfts mit der Gemeinde Vaduz. Andererseits verkauft das Land die Liegenschaft «Rietacker» in Schaan («LGV-Gebäude») an die Liechtensteinische Gasversorgung (LGV).

• Martin Frommelt/paf

Das Land Liechtenstein hatte im Jahre 2002 die Gelegenheit, das Wille/Wimag-Areal in Vaduz zu erwerben. Im Zusammenhang mit der Umzonierung von der Industrie- und Gewerbezone in die Öffentliche Zone wünschte die Gemeinde Vaduz eine Option auf den Erwerb eines Teilbereiches dieses Areals. Gleichzeitig zeigte die Gemeinde Vaduz Interesse am Erwerb des Landeswerkhofes, wofür die Gemeinde Vaduz ihre Bodenoption betreffend dem Wille/Wimag-Areal als Tauschobjekt anbot. Das ganze Areal umfasst 5818 Klafter in der Bauzone sowie 1188 Klafter in der Zone «übriges Gemeindegebiet».

Neuer Landeswerkhof

Nach entsprechenden Bodentauschverhandlungen liegt nun ein Kauf- und Tauschvertrag vor, wonach das Land der Gemeinde Vaduz den Landeswerkhof verkauft. Damit wird für das Land Liechtenstein die Einrichtung eines neuen Landeswerkhofes im bisherigen Werkareal der Wille/Wimag notwendig. Die Regierung hat den entsprechenden Bericht und Antrag zuhanden des Landtags verabschiedet. Der Bericht umfasst auch einen



Informierte gestern über den geplanten Verkauf des Landeswerkhofes an die Gemeinde Vaduz und des Gebäudes «Rietacker» in Schaan an die Gasversorgung: Regierungschef Otmar Hasler.

Antrag für einen Verpflichtungskredit in Höhe von 3,27 Mio. Franken zur Realisierung eines neuen multifunktionalen Landeswerkhofes. Im Zuge des ganzen Geschäfts werden aus bilanztechnischen Gründen 18 Mio. Franken des Finanzvermögens in das Verwaltungsvermögen verschoben.

Nicht-Kernaufgabe des Staates

Der zweite Regierungsantrag betrifft den Verkauf der Liegenschaft «Rietacker» in Schaan an die Liechtensteinische Gasversorgung,

welche die bisherige Hauptnutzerin des Gebäudes ist, das früher als Liniemagazin der PTT genutzt wurde. Dazu Regierungschef Otmar Hasler: «Der Staat will sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und nicht Liegenschaften unterhalten, die er nicht für seine Kernaufgaben braucht. Damit entfällt für den Staat der ganze Unterhalt.»

5,4 Mio. Franken Verkaufspreis

Der Verkaufspreis der Liegenschaft beträgt 5,4 Mio. Franken. Im Gebäude sind neben der Gasversor-

gung seitens der Landesverwaltung das Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen und die Dienststelle für Sport einquartiert. Zudem verfügt das Ausländer- und Passamt über einen Lagerraum.

Auch der Liechtensteinische Olympische Sportverband ist hier eingemietet. Die zukünftige Unterbringung der landeseigenen Amts- und Dienststellen, welche derzeit in dieser Liegenschaft untergebracht sind, kann mit der Einmietung in den heutigen Räumlichkeiten erfolgen.

Erhöhung der IV-Beitragssätze

Gesetz über die Invalidenversicherung soll abgeändert werden

VADUZ – Die Regierung hat einen Bericht und Antrag zur Abänderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung (Anpassung der Beitragssätze) zuhanden des Landtags verabschiedet.

Bei der Invalidenversicherung stellte sich im Jahre 2004 ein ungedecktes Defizit ein. Die Gründe für diese Entwicklung sind sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite zu suchen.

Auf der Einnahmenseite ist Liechtenstein zunächst dem schweizerischen Vorbild gefolgt, hat dann später jedoch den Staatsbeitrag an die IV niedriger gehalten als die Schweiz. Ausserdem war der Betrag der Versicherten und der Arbeitgeber in der Vergangenheit niedriger als in der Schweiz. Die Regierung schlägt nun vor, den Staatsbeitrag wie bei Einführung der IV auf 50% des Gesamtaufwandes festzuschreiben und die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber von bisher 1,2% auf 1,5% zu erhöhen.

Sehr hohes Wachstum

Auf der Ausgabenseite war in den letzten Jahren ein sehr hohes Wachstum zu verzeichnen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Es zeigt sich hier eine Entwicklung, welche in anderen Staaten schon lange besteht und nun auch in Liechtenstein manifest wurde. Ausschlaggebend ist vor allem die Zunahme der Leistungsbezüger, was

wiederm auf mehrere Ursachen zurückgeführt werden kann: genereller Anstieg der Beschäftigtenzahlen, geänderte Arbeitsbedingungen, Anstieg der Doppelbelastungen sowie vermehrte Schwierigkeiten bei der Abklärung insbesondere im medizinischen Bereich.

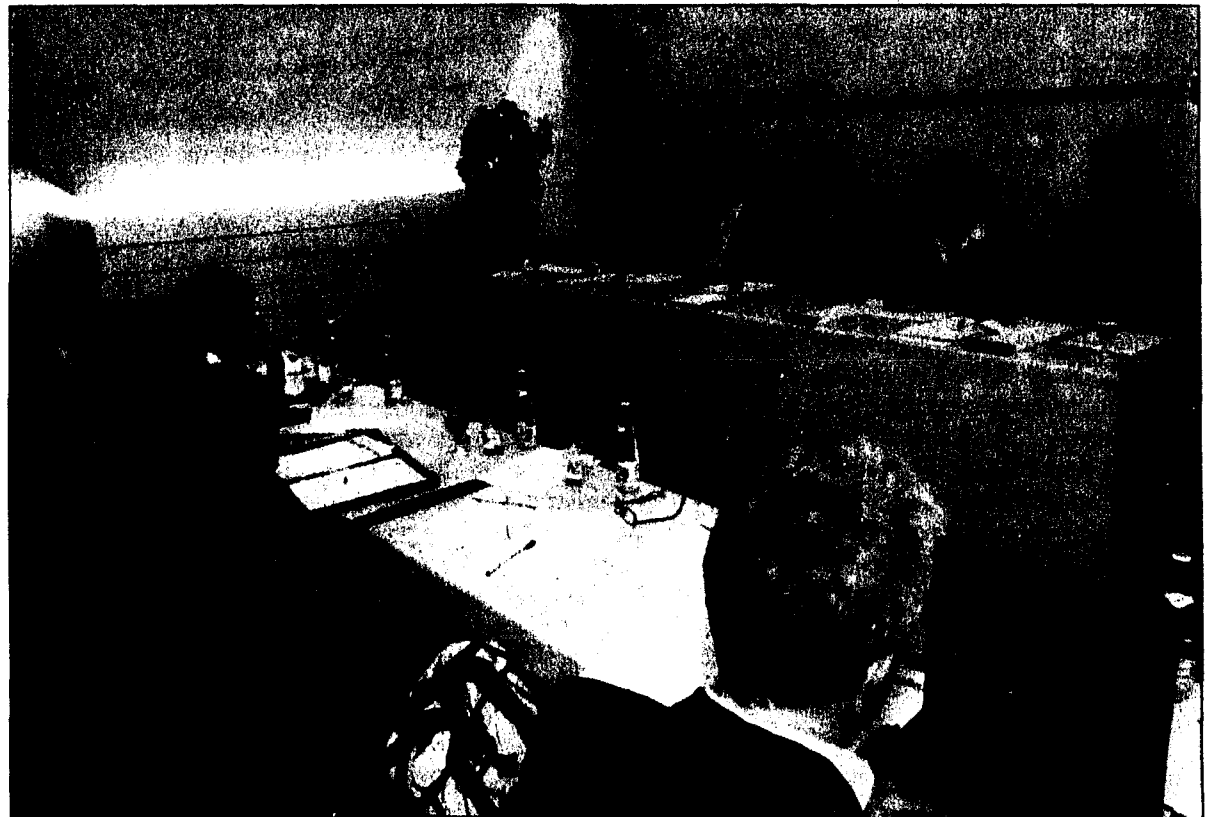
Zum Teil ist der Anstieg auch auf die in den letzten Jahren wirkliche Gleichbehandlung ausländi-

scher Staatsangehöriger zurückzuführen. Nicht vergessen werden darf aber vor allem, dass auch die in der Vergangenheit eingeführten Leistungsverbesserungen entscheidend zum Ausgabenwachstum beigetragen haben (z. B. Weihnachtsgeld).

IV-Kosten eindämmen

Zusätzlich zur vorgeschlagenen Beitragssatzerhöhung hat die Re-

gierung eine Arbeitsgruppe eingesetzt und diese beauftragt, die Leistungsseite der Invalidenversicherung zu überprüfen und Lösungsvorschläge zur Eindämmung des Ausgabenwachstums auszuarbeiten. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich der Landtag Mitte nächsten Jahres mit einer entsprechenden Gesetzesänderung befassen kann. (paf)



Am ersten Pressegespräch nach der Sommerpause stand gestern die gesamte Regierung den Medien Rede und Antwort. Eines der Themen: Die Erhöhung der IV-Beitragssätze.